

Antrag 07/I/2021**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Outsourcing beenden, öffentlichen Dienst stärken**

1 Die Outsourcing-Politik der letzten Jahrzehnte hat sich
2 nicht ausgezahlt. Öffentliche Leistungen müssen öffent-
3 lich erbracht werden. Der öffentliche Dienst muss in Bund,
4 Ländern und Kommunen massiv und bedarfsgerecht aus-
5 gebaut werden. Dazu ist auch zu prüfen, zuvor outge-
6 sourcte Bereiche der öffentlichen Hand wieder nach in-
7 house zu holen.

8

9 Begründung

10 Steuern, Gebühren und Abgaben sowie Krankenkassen-
11 und Rentenbeiträge machen in Deutschland ca. 45 Pro-
12 zent des Sozialprodukts aus. Das bedeutet, der Staat
13 könnte 45 Prozent aller Erwerbstätigen zum Durch-
14 schnittslohn beschäftigen. Tatsächlich beschäftigt er nur
15 ca. 20 Prozent. Weitere 25 Prozent finanzieren sich eben-
16 falls durch die öffentliche Hand, allerdings über den Um-
17 weg über die Privatwirtschaft. Viele Kulturschaffende fi-
18 nanzieren sich mittelbar aus öffentlichen Geldern. Darun-
19 ter fallen viele Solo-Selbständige, insbesondere im Kultur-
20 und Bildungsbereich, aber auch Angestellte von outge-
21 sourcten Diensten wie Kantinen, Raumpflege in öffentli-
22 chen Gebäuden, Räumdienste, bis hin zu den Privatbah-
23 nen, die von den Ländern bestellte Strecken bedienen.
24 Die umfangreiche Privatisierung öffentlicher Dienstleis-
25 tungen erweist sich als nicht krisensicher.

26

27 Was zunächst nach einer Unterbrechung von Wochen,
28 höchstens einigen Monaten aussah, droht nun bis weit ins
29 nächste Jahr zu andauern. Solo-Selbständigen droht
30 der soziale Absturz, Angestellte outgesourcter Dienste
31 sind heute in Kurzarbeit und werden demnächst mög-
32 licherweise entlassen. Generell drohen Verarmung und
33 Wohnungslosigkeit.

34

35 Jahrelang wurde argumentiert, der Staat hätte kaum
36 Geld. Jetzt wurden hunderte Milliarden Euro, womöglich
37 sogar über eine Billion Euro, zur Krisenbewältigung in Aus-
38 sicht gestellt. Das Geld bereitzustellen ist richtig und nö-
39 tigt. Allerdings droht wie nach der Finanz- und Weltwirt-
40 schaftskrise von 2007/2008, dass die Steuergelder zur Kri-
41 senrettung in viel stärkerem Umfang an den Privatsek-
42 tor fließen. Die 9000 Euro Soforthilfe für Soloselbständige
43 dürfen nur für Betriebsausgaben verwendet werden, das
44 sind insbesondere die Gewerbetriebe. Damit geht die-
45 ses Geld ganz überwiegend an den Immobiliensektor. Die
46 Lufthansa wurde mit neun Milliarden Euro gerettet – bei
47 einem Börsenwert von vier Milliarden Euro hätte das Un-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 ternehmen damit wieder zu 100 Prozent in Staatseigen-
49 tum wechseln müssen. Stattdessen wurde sogar auf Auf-
50 lagen zum Klimaschutz oder zur Steuertransparenz ver-
51 zichtet.

52

53 Insgesamt würden durch die Krisenrettungs-Milliarden
54 die größten Vermögen noch weiter vergrößert. Damit
55 würde die Ungleichheit erhöht und der Krisenmechanis-
56 mus weiter gestärkt.

57

58 Es hat sich gezeigt, dass die Daseinsvorsorge systemrele-
59 vant ist und geschützt und gestärkt werden muss. Geld,
60 das in den öffentlichen Sektor fließt, stärkt die Konjunk-
61 tur wesentlich nachhaltiger.

62

63 Zudem können so auch die Leistungen der Daseinsvorsor-
64 ge abgesichert und ausgebaut werden, was für viele Men-
65 schen das Armutsrisiko verringert und die Teilhabe an der
66 Gesellschaft verbessert.

67

68 Eine Million öffentliche Stellen würden den vielen krisen-
69 betroffenen Soloselbständigen und Angestellten in out-
70 gesourceten Diensten eine attraktive und langfristige Per-
71 spektive bieten.